

## **Antworten der FDP auf die Fragen des Forums für Demokratie, Respekt und Vielfalt**

### **Antworten auf die 12 Fragen der Forums-AG Wohnen:**

1. Welche Maßnahmevorschläge aus dem städtischen Handlungskonzept Wohnen zugunsten bezahlbaren Wohnens sollen aus Ihrer Sicht als erste umgesetzt werden?

*Die Bezahlbarkeit von Wohnraum hängt von verschiedenen Faktoren ab — nur auf einen Teil dieser Faktoren hat die Kommunalpolitik bekanntlich überhaupt Einfluss. Sie fragen nach Prioritäten: Angesichts der begrenzten Entwicklungsflächen für den Wohnbau kommt der Nachverdichtung eine besondere Bedeutung zu. Im angesprochenen Handlungskonzept findet sich dieser Ansatz u.a. in der Aktivierung von Nachverdichtungspotenzialen im Bestand wieder, für uns sinnvollerweise in Verbindung mit einer Strategie zur Begrenzung der Entstehung neuer Ferienwohnungen, die ebenfalls Bestandteil des Handlungskonzepts ist.*

2. Welche Konzepte und Vorgaben (Quoten) zur Belegung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Haltern werden von Ihnen vorgeschlagen?

*Wir haben in der ablaufenden Ratsperiode für die Zulassung einer 100-prozentigen Wohnbebauung auf dem Grundstück des alten Hotels Seestern erworben (zur Einordnung: das ebenfalls bis zur Absage in der Diskussion stehende Hotel der Franz-Sales-Stiftung sollte auf einem städtischen Nachbargrundstück entstehen). Insgesamt könnten auf dieser Fläche rund 60 neue Mietwohnungen entstehen. Der Investor war bereit, bis zu 30 Prozent geförderten Wohnungsbau umzusetzen. Unsere Fraktion würde diesen Kompromiss mittragen. Auf Ferienwohnungen, wie sie andere Fraktionen bisher an dieser Stelle fordern, sollte aus unserer Sicht vollständig verzichtet werden. Wir werden die Umsetzung dieses Projekts in der neuen Ratsperiode weiter forcieren. Das Modell einer prozentualen Quote für geförderten Wohnraum ist unter Umständen auch auf andere Projekte ab einer bestimmten Größenordnung übertragbar.*

3. Mit welchem Konzept soll das Problem der Wohnungslosen und Obdachlosen in der Stadt angegangen werden?

*Priorität hat aus unserer Sicht die Stärkung der aufsuchenden Sozialarbeit — angesichts der Haushaltslage ggf. in Kooperation mit unseren Nachbarstädten.*

4. Wie sollen alternative/gemeinnützige/genossenschaftliche Wohnprojekte und Initiativen in der Stadt unterstützt und gefördert?

*Anfragen und Anträge alternativer/gemeinnütziger/genossenschaftlicher Wohnprojekte und Initiativen sollten von Seiten der Verwaltung wohlwollend begleitet und geprüft werden und ggf. der Politik zur Abstimmung vorgelegt werden. Insbesondere der genossenschaftliche Ansatz ist einer, der mit unseren liberalen Prinzipien in großem Einklang steht und von uns unterstützt wird. Allein die rein finanzielle Unterstützung von Projekten durch die Stadt lehnen wir ab.*

5. Werden Sie sich für die Gründung einer städtischen/genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaft einsetzen? Können Sie sich eine Kooperation mit gemeinnützigen/genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften der Nachbarstädte vorstellen oder eine Neuausrichtung der städtischen FEG?

*Die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft lehnen wir ab, da es genügend private Baugesellschaften gibt. Der Gründung einer Genossenschaft (ohne städtische Beteiligung) stehen wir nicht im Wege. Eine Kooperation der FEG mit gemeinnützigen/genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften der Nachbarstädte ist unter Umständen vorstellbar.*

6. Wie soll die künftige städtische Grundstücksvorratspolitik (unter Einbezug des Vorkaufsrechtes) aus Ihrer Sicht erfolgen?

*Die Stadt wird hier in Zukunft mit Sicherheit eine aktivere Rolle einnehmen müssen.*

7. Wie ist Ihre politische Haltung zur Grundsteuer „C“?

*Die Grundsteuer C lehnen wir ab, um in wirtschaftlich angespannten Zeiten keine zusätzlichen Belastungen zu schaffen.*

8. Wie sollte nach Ihren Vorstellungen die Stadt die besonderen Bedarfe Älterer nach stadtnahen, barrierefreien Wohnungen berücksichtigen?

*Die FDP im Kreis Recklinghausen setzt sich für eine kreisweit abgestimmte, vorausschauende Alten- und Pflegebedarfsplanung ein, die auch die Ansiedlung neuer Senioren- und Pflegeheime beinhaltet. Darüber hinaus wird im Rahmen der schon heute zu beobachtenden Nachverdichtung die Anzahl barrierefreier Wohnungen mittelfristig steigen (Stichwort Neubau), was wir sehr begrüßen.*

9. Wie soll aus Ihrer Sicht der Bedarf junger Familien nach größeren bezahlbaren Wohnungen berücksichtigt werden?

*Der hohen Nachfrage nach Wohnraum müssen wir mit einer Ausweitung des Angebots begegnen. Jeder seriöse Ökonom weiß: Nur ein größeres Angebot wird überhaupt die Voraussetzung schaffen, dass die Mieten langfristig wieder sinken. Da die Entwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf neue Wohngebiete aufgrund übergeordneter Planung/Beschlüsse begrenzt sind, kommen wir in dieser Frage abermals auf die von uns unterstützte Innenverdichtung zurück.*

10. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die wenigen verfügbaren Flächen für genau diese Bedarfe genutzt werden?

*Das kommt auf den Einzelfall an.*

11. Welche Anstrengungen sollte die Stadt unternehmen, um auch außerhalb des Bahnhofsbereiches Quartierswohnen zu realisieren?

*Wir halten den Ansatz für das Bahnhofsquartier für gelungen. Die Übertragbarkeit ist in einer Stadt von der Größe Halterns begrenzt, würde aber unsere Unterstützung finden. Am ehesten kommen hierfür wohl Bereiche der Innenstadt infrage.*

12. Würden Sie die Initiierung neuer Wohnprojekte bzw. die Unterstützung bestehender Initiativen durch die Stadt befürworten?

*Ja, wir befürworten die (nichtfinanzielle) Unterstützung durch die Stadt. Allein eine finanzielle Unterstützung ist aus unserer Sicht nicht darstellbar.*

## **2 Fragen der Forums-AG Demokratie an die Kommunalpolitiker zur Kommunalwahl 2025**

Nach Artikel 12 und 13 der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder das verbrieftete Recht auf Mitbestimmung bei allen Fragen, die sie betreffen. Der Landtag NRW hat dazu aktuell am 11.07.2025 eine Gesetzesnovelle der Gemeindeordnung NRW beschlossen, wonach gemäß § 27a die Gemeinden Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen sollen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendrat oder andere Beteiligungsformen (Jugendvertretung) einrichten, der dann in den Ratssitzungen ein Rederecht sowie ein Anhörungs- und Anregungsrecht einzuräumen ist. In über 100 Städten in NRW sowie in 500 Kommunen bundesweit gibt es dazu bereits Kinder- und Jugendparlamente, so auch im Kreis Recklinghausen in den Nachbarstädten Recklinghausen, Marl, Dorsten, Waltrop, Datteln und Gladbeck. (Viele Jugendliche haben sich daraufhin später selber politisch engagiert, wie das Beispiel Waltrop zeigt).

➤ Unterstützen Sie mit Ihrer Partei die Einrichtung eines solchen Beteiligungsgremiums für Kinder und Jugendliche (in Kooperation mit den Schulen und Vereinen) auch in Haltern?

*Wir unterstützen grundsätzlich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Anstelle eines Kinder- und Jugendparlaments halten wir jedoch das Konzept der einmal pro Wahlperiode stattfindenden Zukunftswerkstatt für zielführender, siehe nächste Frage. Darüber hinaus rufen wir alle Jugendlichen auf, sich in den Parteien oder deren Jugendorganisationen zu engagieren — ganz gleich welcher „Verein“!*

Im Kommunalwahljahr sollte ein Bewusstsein darüber entstehen, dass die Kinder die Wählerinnen und Wähler von morgen sein werden. Die Kinder und Jugendlichen wachsen heute mit Krisen und Sorgen auf. Um gute Kinder- und Jugendpolitik zu machen, ist es wichtig, die Perspektiven und Bedürfnisse junger Menschen zu kennen. Diejenigen, die von der Politik im Stich gelassen und als Benachteiligte an den Rand gedrängt werden, entwickeln mit diesen Erfahrungen ein Langzeitgedächtnis mit einem Rechts- und Unrechts- sowie Ungerechtigkeitsempfinden.

Bei den 16- bis 24-Jährigen war die AfD bei der bundesweiten Europawahl die zweitstärkste Kraft, da die Hinwendung zu autokratisch-autoritären Positionen (laut Shell-Studie) bei Jugendlichen zunimmt, obwohl 75% weiterhin hohes Vertrauen in die Demokratie (weniger in die Parteien) haben. Deshalb sollten demokratische Werte und Mitgestaltungsmöglichkeiten frühzeitig vermittelt, geübt und erfahren werden. So gibt es bereits ein Pilotprojekt für einen Kinder- und Jugend-Bürgerrat mit positiven Ergebnissen.

➤ Welche Konzepte und Vorstellungen haben Sie und Ihre Partei in Haltern für künftige demokratische Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Bereichen und Zusammenhängen vor Ort? Wären Sie bereit, finanzielle und personelle Ressourcen seitens der Stadt für diese wichtigen Aufgaben vorzuhalten?

*Zu Beginn der ablaufenden Ratsperiode hatte die FDP einen [Antrag zur Durchführung einer sogenannten Zukunftswerkstatt](#) gestellt — es sei an dieser Stelle auf die Berichterstattung der*

Halterner Zeitung verwiesen: <https://www.halternerzeitung.de/haltern/fdp-haltern-sieht-schieflage-jugendliche-werden-zu-wenig-gehoert-w1659461-3000291116/>

*Der Antrag wurde seinerzeit einstimmig an die Verwaltung verwiesen. 2022 hatte die Stadt dann ein [Konzept zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorgestellt](#) — das zwar nicht ganz dem Modell der Zukunftswerkstatt entsprach, aber einen Dialog in Gang setzen sollte. Rund drei Jahre sind seitdem vergangen, und zuletzt hatten wir das Gefühl, der Austausch beschränke sich nunmehr auf regelmäßige Treffen des Bürgermeisters mit den Schülervvertretungen. Ob das Konzept noch gelebt wird, welche Erfahrungen gemacht wurden und an welchen Stellen noch nachjustiert werden muss, das wollten wir zum Abschluss der Ratsperiode von Bürgermeister Stegemann wissen und haben eine entsprechende Anfrage formuliert. Unser Fragenkatalog wird in der ersten Sitzung 2026 des Ausschusses für Generationen und Soziales behandelt — somit ist zumindest sichergestellt dass auch der neue Rat das Thema nicht aus den Augen verliert. Unsere Idealvorstellung bleibt die Durchführung von Zukunftswerkstätten.*